

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telefax: 866846 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12

Inhalt

Gernot Erier MdB zu provozierenden Äußerungen von Ministerpräsident Antall: Deutsch-ungarische Freundschaft nicht gefährden.

Seite 1

Rudolf Dreßler MdB zur anhaltenden Diskussion über die Ergebnisse des Vermittlungsausschusses: Neues Steuerpaket der Regierung wäre am besten.

Seite 2

Hans Kolo MdL zur Tagung der Alpen-Sozialisten in Pergine/Trentino: Kulturelle Eigenständigkeit von Minderheiten festigen.

Seite 2

Professor Dr. Albert Günther zur Diskussion um die Modernisierung des Grundgesetzes: Erwartungen an die neue Verfassung.

Seite 4

Dr. Wolfgang Biermann zu einem guten Beispiel von "Konversion" militärischer Fachliteratur: "Die Blauhelme im Einsatz für den Frieden".

Seite 5

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

47. Jahrgang / 27

7. Februar 1992

Renaissance der deutsch-ungarischen Freundschaft nicht gefährden

Zum Kanzler-Besuch in Ungarn und provozierenden Äußerungen von Ministerpräsident Antall

Von Gernot Erier MdB

Bundeskanzler Kohl ist zur Zeit zur Unterzeichnung des Nachbarschaftsvertrags in Ungarn - und damit in einem Land, in dem gerade eine seltsame Diskussion geführt wird. Sie hat viel mit Deutschland zu tun. Es wäre fatal, wenn es dem ungarischen Ministerpräsidenten Dr. Jozsef Antall bei dieser Gelegenheit gelänge, die deutsche Politik für seine provozierende Position in irgendeiner Weise zu vereinnahmen.

Am 11. Januar dieses Jahres hat Antall anlässlich des 50. Jahrestages der Vernichtung der II. Ungarischen Armee am Don im Kriegshistorischen Museum zu Budapest eine Rede gehalten, die von vielen Beobachtern als Versuch einer neuen zeitgeschichtlichen Ortsbestimmung Ungarns gewertet wird. Dem Regierungschef diene dieses Datum zur Klage gegen jahrzehntelanges Schuldbewußtsein und Minderwertigkeitsgefühle der ungarischen Nation, womit er sich offenbar gegen jede kritische Aufarbeitung der Horthy-Kollaboration mit Hitler im Zweiten Weltkrieg wendet. Angeblich habe es damals für Ungarn keine Alternative zwischen Naziherrschaft oder sowjetischer Okkupation gegeben - eine Situation, für die Antall den Deutschen die Schuld gibt, die 1917 Lenin nach Rußland geschickt und 1944/45 die sowjetischen Truppen im Schlepptau ihres Rückzugs nach Südosteuropa gebracht hätten.

Von Irrwegen der damaligen ungarischen Politik mit ihren Aggressionen gegen Jugoslawien, die Sowjetunion und Rumänien spricht Antall mit keinem Wort. Wohl aber von der Kontinuität der tausendjährigen ungarischen Soldatenehre, die es zu würdigen gelte.

Hat Ungarn zur Zeit keine anderen Sorgen? Will Antall einen "Historikerstreit" über die ungarische Politik im Zweiten Weltkrieg vom Zaum brechen? Mit Recht verweist die Opposition darauf, daß man schlecht gleichzeitig auf die Schlachten Horthys und den ungarischen Widerstand stolz sein kann, wie es der Ministerpräsident versucht. Offenbar ermuntert auch in Ungarn, dem Reformland mit den besten Zwischenerfolgen beim Übergang zu einer modernen demokratischen Gesellschaft in ganz Ost- und Südosteuropa, die momentanen politischen Schwierigkeiten die Regierung dazu, emotionale Pluspunkte auf erfundenen Nebenkriegsschauplätzen statt an den harten Fronten der Tagespolitik zu suchen. Das ist schade.



Der gelehrte Historiker Kohl sollte deutlich zum Ausdruck bringen: Die ganze deutsche Sympathie gilt dem demokratischen Ungarn und seiner reichen kulturellen und politischen Tradition. Wer hier die Kriegskumpanel unter der Hakenkreuzflagge einbeziehen will, muß das ohne uns machen. Er gefährdet die Renaissance der deutsch-ungarischen Freundschaft.

(-/7. Februar 1992/rs/ks)

Neues Steuerpaket der Regierung wäre am besten
Zur anhaltenden Diskussion über die Ergebnisse des Vermittlungsausschusses

Von Rudolf Dreßler MdB
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Die Bundesregierung muß davor gewarnt werden, weiterhin auf ihr Steuerpaket zu setzen.

Am besten wären neue Vorschläge, die eine realistische Chance auf rasche Einigung mit der Opposition sowie Zustimmung im Bundesrat einschließen.

Verweigert sich die Bundesregierung diesem Weg, macht sie es den Steuerverwaltungen praktisch unmöglich, sich rechtzeitig auf neue Regelungen einzustellen. Dies trifft besonders die Steuerverwaltungen in den neuen Ländern, die heute bereits allergrößte Probleme haben, die Prüfung und Berechnung der Steuer zeitgerecht vorzunehmen. Diese Finanzverwaltungen, die sich redlich mühen, ihre Pflicht und ihre Serviceleistungen zu erfüllen, unter einen noch größeren zeitlichen und regelungstechnischen Druck zu setzen, ist geradezu widersinnig.

Es ist im übrigen nicht einzusehen, daß der Bundesfinanzminister darüber entscheidet, was mit dem Bundesbankgewinn von rund 19 Milliarden DM für 1991 gemacht wird.

Seit der Regierungsübernahme durch die CDU/CSU/FDP-Koalition hat die Deutsche Bundesbank weit über 100 Milliarden DM an den Bund überwiesen, mehr als zehn Milliarden im Schnitt und pro Jahr.

Nach Auffassung der SPD-Bundestagsfraktion gehört der Bundesbankgewinn in eine Ausgleichsrücklage bei der Bundesbank. Eine derartige Rücklage würde es möglich machen, die Ausgabenpolitik der öffentlichen Hände zu verstetigen und gravierende ökologische, strukturelle wie regionale arbeitsmarktpolitische Fehler zu beheben.

Ein derartiges Finanzierungsinstrument für sowieso unabweisbare Aufgaben wäre heute außerordentlich hilfreich.

(-/7. Februar 1992/rs/ks)

Kulturelle Eigenständigkeit von Minderheiten festlegen
Zur Tagung der Alpen-Sozialisten in Pergine/Trentino

Von Hans Kolo MdL
Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Sozialisten im Alpenraum (ASA)

Weder Autonomiebewegungen mit dem Ziel der Schaffung homogener Staaten noch das Integrationsprinzip allein noch der optimistische Ansatz vom gleichen Recht für alle kulturellen Eigenheiten können die Minderheitenprobleme - wie sie gerade derzeit in Europa nicht eben selten anzutreffen sind - lösen. Die sozialdemokratischen und sozialistischen Parlamentarier im

Alpenraum - zusammengeschlossen in der ASA - setzen deshalb auf die Grundlage gemeinsamer Rechte, auf das Erkennen und Verstehen des anderen und Toleranz (statt Angleichung oder Ausgrenzung) und auf Konfliktlösung und Abbau von Ängsten. Der Weg dahin führt ihrer Meinung nach über die Kultur: Die kulturelle Eigenständigkeit in Schule und Ausbildung, in der Kultur im engeren Sinn ebenso wie in der eigenen Presse ist - neben der notwendigen Kommunikation - wichtiger Grundpfeiler einer echten multikulturellen Gesellschaft und muß deshalb auch auf europäischer Ebene gesetzlich abgesichert werden.

Der Tagungsort der Konferenz der Alpen-Sozialisten und der Georg von Vollmar-Akademie - die Gemeinde Pergine Valsugana in der autonomen Provinz Trentino - ist deshalb richtungweisend. Hier - in einer Provinz mit Sonderrechten gegenüber dem Nationalstaat Italien und mit ethnischen und sprachlichen Minderheiten wie den zimbrischen und den ladinischsprachigen Gemeinden - ist bereits viel von dem verwirklicht, was Modell für die Lösung der Probleme ethnischer Minderheiten in Europa werden könnte. Doch kulturelle Eigenheit, soziale Gerechtigkeit, ökologische Zusammenarbeit, gewaltfreie Konfliktlösung müssen über den Nationalstaat hinaus auf europäischer Ebene garantiert werden.

Auf der Tagung in Pergine hat der Schriftsteller Professor Dr. Johano Strasser drei praktizierte, aber wenig taugliche Ansätze für die Lösung von Minderheitenproblemen genannt:

- o Das Bild von homogenen Staaten, das ja zum Teil bei den Selbstbestimmungs- und Autonomiebewegungen in Europa vor Augen steht, ist nicht die Lösung aller Probleme. Mit einer Souveränität Kroatiens werden nach eigener Einschätzung die Probleme der italienischen Minderheit, mit einer Souveränität der Slowakei die Schwierigkeiten der ungarischen Minderheit eher größer als in Jugoslawien oder der CSFR.
- o Das Integrationsmodell - verwirklicht am konsequentesten im "Schmelztiegel USA" - ist ebenfalls nicht tragfähig.
- o Das optimistische Bild, allen kulturellen Eigenheiten das gleiche Recht einzuräumen, ist in seiner reinen Form nicht umsetzbar.

Übereinstimmung unter den Teilnehmern aus Italien und seinen Provinzen Südtirol, Trient, Lombardei und Friaul, aus Österreich und seinen Ländern Vorarlberg, Tirol, Salzburg und Kärnten, aus der Schweiz, aus Slowenien und aus Bayern bestand hinsichtlich der Rahmenbedingungen, die Professor Johano Strasser als Voraussetzungen für eine multikulturelle Gesellschaft nennt. Dazu gehört ein Minimum kultureller Übereinstimmung, wie es beispielsweise in der Verständigung auf Toleranz, Anerkennung der Menschenrechte und gewaltfreie Konfliktregelung zum Ausdruck kommt. Multikulturelle Gesellschaft ist nur im Austausch und im Wettbewerb von kulturellen Eigenheiten möglich, nicht aber durch Angleichung oder durch Ausgrenzung. Konflikte müssen angesprochen werden. Nur so können Ängste abgebaut und Aggressionen im Entstehen verhindert werden.

Verantwortung der Wirtschaft, der Kirchen, der gesellschaftlichen Gruppen

Wesentlich für die Lösung von Minderheitenproblemen ist die Verbesserung der Information: Nur das Wissen um die Eigenart und das Andersartige anderer Kulturen schafft Toleranz und Neugier auf die anderen. Daraus entsteht dann auch das Bewußtsein von den positiven Ansätzen der multikulturellen Gesellschaft. Hier muß die Verantwortung der Wirtschaft und der gesellschaftlichen Gruppierungen - insbesondere auch der Kirchen - eingefordert und stärker ins Bewußtsein gerufen werden.

In der Minderheitenproblematik gibt es drei Bereiche, die sich voneinander in der Problemstellung ebenso wie in den Lösungsansätzen unterscheiden:

Der klassische Bereich umfaßt sprachliche und ethnische Minderheiten, in denen der Wunsch nach Toleranz, nach Achtung vor der eigenen Geschichte und ihren kulturellen Werten sowie nach Ausübung der kulturellen Eigenständigkeit im Vordergrund steht. Hier muß eine gesetzliche Absicherung der Eigenständigkeit im schulischen Bereich und bei kulturellen Einrichtungen ebenso erfolgen wie die Garantie der Freiheit der eigenen Presse. Diese Rechte müssen europäisch abgesichert werden. Europa muß Instanz sein, um diese Rechte gegenüber dem Nationalstaat oder der Region durchsetzbar zu machen.

Hochaktuell sind die Minderheitenprobleme größerer Volksgruppen in "künstlich geschaffenen Staaten", die sich zumeist nicht nur kulturell, sondern auch wirtschaftlich und sozial benachteiligt fühlen. Die Bildung neuer Staaten unter Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker allein kann keine Lösung sein. Vielmehr ist hier das "Europa der Regionen" gefordert, das in einer föderalen Entwicklung ein Mehr an Bürgernähe, eine Verlagerung der Entscheidungen vor Ort, eine stärkere Berücksichtigung der regionalen Besonderheiten und letztlich einen Abbau von Bürokratien bringt. Dieser europäische Föderalismus braucht aber ein starkes Europa, das solidarische Lösungen, kulturelle Eigenheiten, ökologischen Ausgleich und gewaltfreie Konfliktlösung gewährleisten kann. Ohne dieses starke Europa wird die Solidargemeinschaft ausgehöhlt und zerstört.

Der dritte Problemkreis umfaßt die Wanderungsbewegungen von Ost nach West, vor allem aber von Süd nach Nord. Gerade Europa darf nicht vergessen, daß es seinen Wohlstand nicht zuletzt seiner bisherigen Ausbeuterrolle - oder, wie der Kulturreferent der gastgebenden Gemeinde Pergine, Franco Oss Noser, es formuliert hat: seiner Kolonisatorenrolle - verdankt, weil es die Arbeitskraft, aber auch die Kultur, die Ökologie und die Rohstoffe dieser Völker und dieser Länder für sich genutzt hat. Bei diesen Fragen können Einwanderungsgesetze - mit oder ohne Zuwanderungsraten - nur in der Augenblickssituation sinnvoll sein. Europa muß in erster Linie aktiv in den Ländern helfen, aus denen die Flüchtlinge kommen, damit nicht gerade jene Menschen ihre Heimat verlassen, die für deren Zukunft unverzichtbar sind. Europa muß die Länder im Osten und noch viel mehr im Süden fördern durch die Zahlung "gerechter" Preise für Rohstoffe, aber auch durch Hilfsmaßnahmen für Infrastruktur und angepasste Technologien, um die Entwicklung dieser Länder voranzubringen.

Voraussetzung für die Lösung aller Minderheitenprobleme sind aber in jedem Fall das Erkennen der Eigenart des anderen und das Kennenlernen seiner Schwierigkeiten, sind Toleranz und Respekt vor der kulturellen Eigenständigkeit, die aber nicht in Konfliktscheu münden dürfen. Dabei könnten die Alpenländer - hier sind über die Jahrzehnte hinweg viele der Minderheitenfragen bereits befriedigend gelöst worden - sehr wohl zum Beispiel und zum Modell für Europa werden.

Europa ist mehr als nur der Binnenmarkt: Wo die Ökonomie die Grenzen niederbrechen konnte, dürfen sie für die Kultur, für die Kommunikation und nicht zuletzt für die Ökologie nicht länger bestehen bleiben. Dafür wollen die Alpen-Sozialisten in ihren Länder- und Regionalparlamenten ebenso werben wie bei den politischen Entscheidungsträgern in Europa.

(-7. Februar 1992/rs/ks)

Erwartungen an die neue Verfassung **Zur Diskussion um die Modernisierung des Grundgesetzes**

Von Professor Dr. Albert Günther

**Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen
Nordrhein-Westfalen (ASJ)**

Eine zukunftsoffene Modernisierung des Grundgesetzes ist ein Anliegen der Deutschen in Ost und West und geeignet zur gemeinsamen Selbstfindung. Diese Chance muß im Interesse aller Deutschen gewahrt werden. Aus Anlaß der Konstituierung der gemeinsamen Verfassungskommission fordert die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen Nordrhein-Westfalen (ASJ) dazu auf, die Bemühungen um eine neue Verfassung auf folgende Grundsätze zu konzentrieren.

Die neue Verfassung sollte

- wichtige Staatszielbestimmungen zum Schutze der natürlichen Lebensgrundlagen durch Staat, Gemeinden und Bürger sowie eine Konkretisierung des Sozialstaatsgebots und der

Gemeinwohlverpflichtung des Eigentums, insbesondere mit Wirkung für eine bessere Sicherung von Arbeitsplatz und Wohnung enthalten,

- mehr demokratische Mitwirkungsrechte durch Verstärkung des Petitions- und Versammlungsrechts, mehr Rechte von Bürgerbewegungen und wesentliche Elemente einer Volksgesetzgebung (Volksbegehren, Volksinitiative und Volksentscheid) vorstellen,
- die Gleichstellung von Frau und Mann vervollständigen,
- eine ausdrückliche Klarstellung des Verfassungsgrundsatzes der Friedensstaatlichkeit (verfassungsrechtliches Verbot der Herstellung, Ein- und Ausfuhr, die Stationierung und Verwendung von Massenvernichtungsmitteln sowie den Export jeglicher anderer Kriegswaffen) festlegen,
- und eine Stärkung der bundesstaatlichen Ordnung vornehmen, die sowohl eine regionale Vielfalt gewährleistet als auch den Bürgern überschaubare Spielräume zu geistiger, politischer, kultureller und wirtschaftlicher Entfaltung bietet.

(-17. Februar 1992/rs/ks)

"Die Blauhelme im Einsatz für den Frieden"

Zu einem guten Beispiel von "Konversion" militärischer Fachliteratur

Von Dr. Wolfgang Biermann

Geschäftsführer der Initiative für Frieden, Internationalen Ausgleich und Sicherheit (IFIAS)

Entgegen der verbreiteten Auffassung, friedenssichernde Maßnahmen, also offensive Truppeneinsätze im Auftrag der Vereinten Nationen seien die Aufgabe der Zukunft, sind die Experten der UNO längst davon überzeugt, daß friedenssichernde Maßnahmen seit dem Zusammenbruch der Blockkonfrontation eine weitaus größere Bedeutung für die Vereinten Nationen haben werden.

Einer breiten Öffentlichkeit ist ohnehin nicht bewußt, daß die Vereinten Nationen in den letzten Jahrzehnten zahlreiche Friedensmissionen durchgeführt haben, und zwar erfolgreich. Interventionen der Großmächte oder Aktionen a la Golfkrieg waren stets die absolute Ausnahme. In einem Beitrag für das "Europa Archiv" schreibt Windrich Kühne von der Stiftung Wissenschaft und Politik in Ebenhausen: "Die Nachfrage nach einer Beteiligung der Vereinten Nationen an der Beendigung von Kriegen und Konflikten steigt seit 1988 sprunghaft an. Das Ende des Ost-West-Konflikts und seine Transformation in ein kooperatives Verhältnis ist dafür der entscheidende Grund." Weltweit, ob in Namibia, Nicaragua und Haiti, ob in Angola oder nach dem iranisch-irakischen Konflikt, in zahlreichen anderen Konfliktherden sowie in Kuwait, Irak, in der West-Sahara und in Kambodscha werden zig tausende von UN-Friedenstruppen benötigt.

Auch in anderen Konfliktfällen ist die UN bereits zu friedenserhaltenden Maßnahmen gebeten worden, die allerdings noch nicht durch Beschlüsse des Sicherheitsrates festgelegt wurde, unter anderem in Liberia, Mosambik, Äthiopien, Somalia, Sudan und Ruanda.

Den Vereinten Nationen fehlen oft die notwendigen Mittel: Geld und entsprechend qualifizierte Soldaten.

Der wehrkundliche Report-Verlag gibt eine Dokumentation über UNO-Blauhelme heraus. Die Autoren aus dem politischen Bereich haben zwar eine gewisse konservative Schlagseite. Dennoch bietet das Buch "Die Blauhelme im Einsatz für den Frieden", herausgegeben von Ernst

Koch, eine umfassende Sammlung über rechtliche und politische Grundlagen der Blauhelme sowie praktische Erfahrung mit ihnen. Für die deutsche Diskussion besonders interessant dürften die Kapitel sein, die sich speziell mit den skandinavischen Erfahrungen und der Ausbildung der UNO-Soldaten in Skandinavien befassen.

Denn es steht außer Zweifel, daß Blauhelme speziell für die Verhinderung von Gewalt, zur Deeskalation und zur Friedensschlichtung ausgebildet werden müssen, ganz im Unterschied zu der traditionellen Ausbildung von Soldaten. In Norwegen beispielsweise gibt es die gesetzliche Möglichkeit, sich als Angehöriger der Streitkräfte, aber auch anderer Einrichtungen wie zum Beispiel der Feuerwehr usw. für die Beteiligung an Blauhelm-Aktionen zu bewerben. Grundlegende Voraussetzung dafür ist eine gründliche Spezialausbildung für den Einsatz sowie die Verpflichtung, sich innerhalb von achtundvierzig Stunden für Friedensaktionen der Vereinten Nationen zur Verfügung zu stellen.

Für die Bundeswehr stellt sich die Frage eines neuen Anforderungsprofils. Die Anzahl von regionalen Konflikten und der Bedarf an Friedensschlichtung wird in den nächsten Jahren anwachsen, die Fähigkeiten zur Friedensschlichtung und Beendigung von bewaffneten Auseinandersetzungen, um Raum für friedliche Lösungen zu finden, werden größer.

Die Bundesregierung hat mit einer Art maximalistischer Position bisher stets den Eindruck zu erwecken versucht, als ziere sich die SPD, internationale Verantwortung wahrzunehmen. Das Gegenteil ist der Fall. In der Arbeitsgruppe Außenpolitik der SPD-Bundestagsfraktion trachten Norbert Gansel und Jürgen Meyer einen ersten Entwurf in die Diskussion, damit das Grundgesetz baldmöglichst den Einsatz von UNO-Blauhelmen ermöglicht.

Darüber hinaus ist es erforderlich, die entsprechende Ausbildung der Freiwilligen für Blauhelm-Einsätze zu organisieren. Eine zentrale Akademie der Bundeswehr für friedenserhaltende Maßnahmen wäre eine der Voraussetzungen, um die deutschen Blauhelme auf ihre verantwortlichen Einsätze in der Welt vorzubereiten.

Vor allem müßten die entsprechenden finanziellen Voraussetzungen geschaffen werden, denn der große UN-Freund USA steht mit hunderten von Millionen US-Dollar bei der Finanzierung von Blauhelm-Aktionen in der Kreide. Bonn könnte hier einen wichtigen Beitrag zur friedenserhaltenden Rolle der Vereinten Nationen leisten. Die SPD sollte Druck machen für ein neues Anforderungsprofil der Bundeswehr. Vorstellungen, als sei der offensive Kampfeinsatz die Ultima ratio der Verteidigungspolitik, sollten endlich auf ihren naiven Grundgehalt untersucht werden: Nicht der kämpferische Einsatz, sondern die Schlichtung von Konflikten wird in der nach-sowjetischen Welt der GUS eine hervorragende Rolle spielen.

Die UNO wird mehr Schlichtungsaufgaben schon allein deshalb wahrnehmen können, weil der Stimulus der Blockkonfrontation für regionale Konflikte weitgehend entfällt. Profilierungssüchtige Diktatoren können nicht mehr die Supermächte gegeneinander ausspielen, und umgekehrt sind sie als Werkzeuge gegen die jeweils andere Supermacht nicht mehr interessant.

Zu dem Mut zu kämpfen gehört in Zukunft insbesondere die Fähigkeit, zu vermitteln. Ideen zur Verwirklichung dieser neuen Herausforderung Sicherheit bietet das genannte Buch des Report-Verlages. Es ist erfreulich, daß sich ein Rüstungs-Verlag marktgerecht auf die neuen friedenserhaltenden Aufgaben umstellt.

(-/7. Februar 1992/rs/fr)
